



Antisemitische Vorfälle in Berlin

Bericht 2015

(18.04.2016)

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)
c/o Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)
Benjamin Steinitz

Gleimstraße 31 | 10437 Berlin
Tel: 030 / 817 985 818
benjamin.steinitz@vdk-berlin.de
www.report-antisemitism.de/berlin
[www.fb.com/AntisemitismusRechercheBerlin](https://www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin)
www.twitter.com/Report_Antisem

Inhalte

Einleitung.....	3
Kategorien und inhaltliche Kriterien für die Auswertung antisemitischer Vorfälle in Berlin 2015	3
Datengrundlage	4
Überblick	4
Angriffe / massive Bedrohungen	5
Bedrohung, Beleidigung, Pöbelei	7
Sachbeschädigung	9
Propaganda	9
Veranstaltung	10
Appendix I: Veröffentlichungen aus der Kategorie Angriffe / massive Bedrohung	13
Appendix II: Veröffentlichungen aus der Kategorie Bedrohung, Beleidigung, Pöbelei	13
Appendix III: Veröffentlichungen aus der Kategorie Sachbeschädigungen	14
Appendix IV: Veröffentlichungen aus der Kategorie Propaganda	14
Appendix V: Antisemitische Ausdrucksformen auf dem Al-Quds-Aufmarsch in Berlin – 2015	15
Appendix VI: Antisemitische Vorfälle am 09. November in Berlin	18
Appendix VII: Auswertung antisemitischer Vorfälle im Zusammenhang mit den European Maccabi Games 2015 in Berlin	20

Einleitung

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) wurde im Januar 2015 durch den Verein für Demokratischen Kultur in Berlin (VDK e.V.) gegründet. Sie wird gefördert über das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, sowie die Amadeu Antonio-Stiftung.

Ziel des Projekts ist die Erfassung antisemitischer Vorfälle und die Vermittlung von Unterstützungsangeboten für die Betroffenen. Seit Juli 2015 existiert unter www.report-antisemitism.de die bundesweit erste Onlineplattform zur Meldung antisemitischer Vorfälle.

Kategorien und inhaltliche Kriterien für die Auswertung antisemitischer Vorfälle in Berlin 2015

Grundlage für die folgende Darstellung antisemitischer Vorfälle sind die Kategorien des seit 2005 bestehenden Projekts „Berliner Register zur Erfassung rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem geprägter Vorfälle in Berlin“.¹ Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) ist als „thematische Registerstelle“ konzipiert. Die von den Berliner Registern entwickelten Kategorien ergeben sich aus deren ursprünglicher Fokussierung auf rechtsextreme und rassistische Taten bzw. Organisationen und Personen. Um eine Vergleichbarkeit auf Berliner Ebene zu gewährleisten, orientiert sich die Erfassung von RIAS zwar an den bestehenden Kategorien. Mittelfristig erscheint jedoch eine Erweiterung der Vorkategorie nötig, um die Auswirkungen antisemitischer Erscheinungen auf den Alltag jüdischer Menschen in Deutschland abbilden zu können. Beispielsweise tragen die vom Community Security Trust (CST) aus England verwendeten Kategorien stärker der unmittelbaren Betroffenheit jüdischer oder als jüdisch wahrgenommener Menschen Rechnung.²

Inhaltlich dient die im Austausch mit den Berliner Registerstellen für den deutschen Kontext leicht angepasste „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) aus dem Jahr 2005 als Orientierung.³ Ergänzend wurde sich an der von Nathan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und Double-Standard orientiert.⁴

¹ Vgl.: http://berliner-register.de/sites/default/files/Registerbroschuere_web2.pdf, S. 9. (eingesehen am 18.02.2016)

² Die Definitionen der vom CST verwendeten Kategorien finden sich hier: <https://cst.org.uk/data/file/6/e/Definitions-of-Antisemitic-incidents.1425054324.pdf> (eingesehen am 18.02.2016)

³ Vgl.: <http://berliner-register.de/content/antisemitismus> (eingesehen am 18.02.2016)

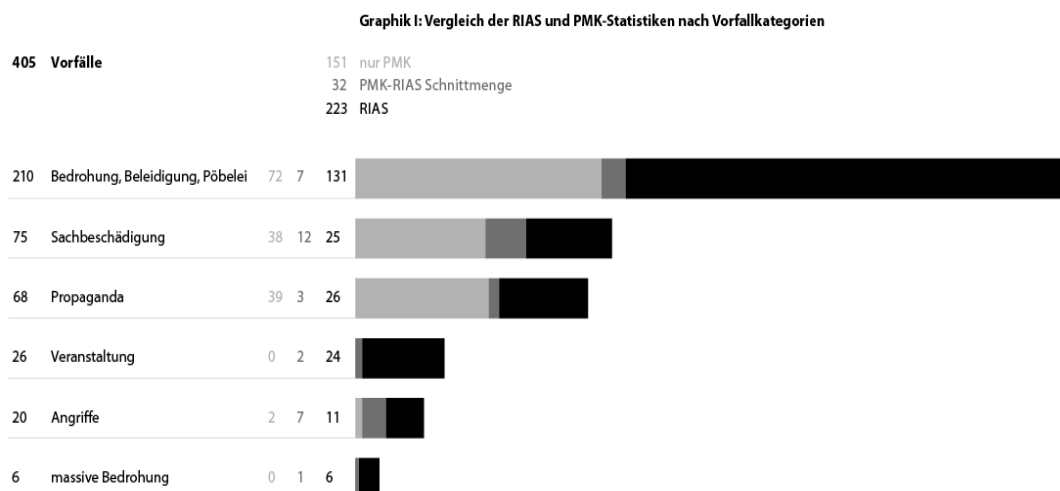
⁴ Vgl.: <http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm> (eingesehen am 18.02.2016)

Datengrundlage

Die hier zusammengefassten antisemitischen Vorfälle generieren sich aus Meldungen an RIAS von jüdischen und nicht-jüdischen Einzelpersonen und Partnerorganisation, den polizeilichen Erhebungen (PMK-Statistik), sowie eigenen Recherchen.

Die Aussagekraft der vorliegenden Daten wird durch den Umstand, dass RIAS erst seit Mitte des hier betrachteten Jahres auf die neu entwickelten technischen Hilfsmittel zur Meldung antisemitischer Vorfälle zurückgreifen konnte beeinträchtigt. Diese stellen mittlerweile die wichtigste Quelle für Meldungen antisemitischer Vorfälle dar: Seit Mitte 2015 wurden RIAS 95 antisemitische Vorkommnisse für Berlin (weitere 54 hatten keinen Berlin-Bezug) gemeldet. Mit Hilfe der neuen Meldemöglichkeiten nahmen die Hinweise auf antisemitische Vorfälle an zivilgesellschaftliche Stellen in der zweiten Jahreshälfte 2015 im Vergleich zum gesamten Jahr 2014, um das Neunfache zu. Der Anstieg der bekannt gewordenen antisemitischen Vorkommnisse hat also wesentlich mit den neuen Meldemöglichkeiten zu tun. Es wird daher von einem Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres abgesehen.

Überblick: 405 antisemitische Vorkommnisse in Berlin - 2015



Insgesamt wurden RIAS 405 antisemitische Vorfälle in Berlin im Jahr 2015 bekannt. In der Graphik I sind alle bekannt gewordenen Fälle sortiert nach den sechs Vorkalkategorien der Berliner Registerstellen („Angriffe“, „massive Bedrohung“, „Bedrohung, Beleidigung, Pöbelei“, „Propaganda“, „Sachbeschädigung“ und „Veranstaltungen“) zusammengefasst. Sie vermittelt zu dem einen Eindruck vom Verhältnis zwischen der Erfassung von RIAS und der polizeilichen Erhebung „antisemitischer Delikte“ in der Statistik für Politisch-Motivierte Kriminalität (PMK). Für die Abweichungen sind neben dem Umstand, dass Fälle ausschließlich an RIAS oder die Polizei gemeldet werden, auch unterschiedliche Erfassungskriterien und

Begriffsapparate verantwortlich. So erfasst RIAS auch nicht strafrechtlich relevante oder nicht angezeigte Fälle und arbeitet auf Grundlage der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ des EUMC.

Die hohe Zahl an **Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien** ist auch der Tatsache geschuldet, dass 115 antisemitische **Zuschriften** per Mail, Post oder in den sozialen Netzwerken, wenn sie an eine Person oder Institution adressiert wurden, in Ermangelung einer gesonderten Kategorie, hierin aufgenommen wurden (ausführlich hierzu im Abschnitt *Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien*).

Angriffe / massive Bedrohungen

*Angriffe sind Vorfälle, die sich direkt gegen eine Person richten und im schlimmsten Fall die körperliche Unversehrtheit einer oder mehrerer Personen in Frage stellen [...]. Hierin fallen alle Formen der Körperverletzung, aber auch Anspucken, Schubsen, Rempeln oder Flaschen hinterher werfen.*⁵

Als Angriffe gelten auch Vorfälle, bei denen nur durch die Flucht eine tatsächliche Körperverletzung verhindert werden konnte. Massive Drohungen sind gegen Personen gerichtete verbale oder schriftliche Handlungen, die starke Auswirkungen auf den Alltag der Betroffenen haben.

Insgesamt wurden mindestens 32 Personen durch 20 **Angriffe** verletzt oder waren unmittelbar von diesen betroffen. Von den 31 angegriffenen Personen waren 13 entweder durch das tragen religiöser oder traditioneller Kleidung oder Schmuck mit jüdischer Symbolik **als Jüdin_Jude erkennbar**, oder der jüdische Hintergrund war der angreifenden Person bekannt. Fünf nicht-jüdische Personen wurden während des Angriffs **als Jüdin_Jude adressiert**. Sechs Personen wurden als **Vertreter_innen jüdischer oder israelischer Institutionen** angegriffen. Ein Israeli wurde Opfer einer gefährlichen Körperverletzung, ohne dass die Täter seine Herkunft kannten (Vorfall am 01. Januar). Ein Angriff, der jedoch keine Verletzungen nach sich zog, richtete sich gegen eine antifaschistische Gedenkveranstaltung. Ein antisemitisch motivierter Angriff richtete sich gegen eine queere Person. Ein Angriff richtete sich gegen eine Person die zuvor Antisemitismus und Israel-Hass im Internet kritisiert hatte. Bei drei Angriffen mit insgesamt sechs Verletzten bzw. betroffenen Personen ist der Hintergrund **unbekannt**.

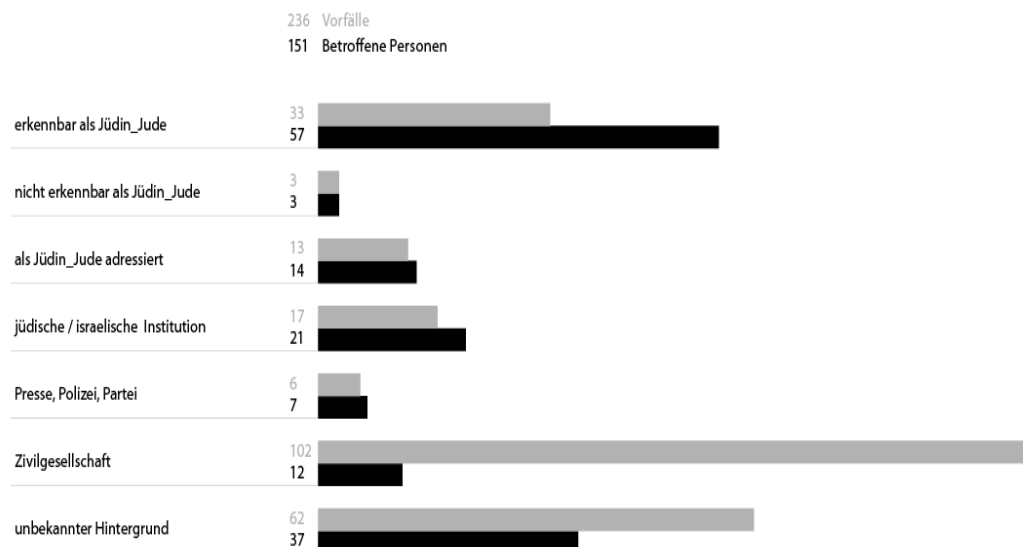
Von den sechs **massiven Bedrohungen** waren sieben Personen unmittelbar betroffen, von denen zwei als **Jüdin_Jude erkennbar** waren. Bei den anderen Betroffenen handelt es sich um eine Muslima, die wegen ihres Engagements gegen Antisemitismus eine Morddrohung im Internet erhielt, eine Vertreterin einer Stolperstein-Initiative, einen als jüdisch adressierten Betroffenen, sowie zwei Personen, zu denen keine weiteren Angaben vorliegen.

Die Aufschlüsselung der **Angriffe** und **massiven Drohungen** nach Tatorten zeigt, dass sich die meisten Vorfälle auf offener **Straße** (9) und im **ÖPNV** (7) (U-Bahnen und S+U

⁵ http://berliner-register.de/sites/default/files/Registerbroschuere_web2.pdf, S. 9. (eingesehen am 18.02.2016)

Stationen) ereignen. Besondere Charakteristika bei Vorfällen an diesen Tatorten sind, dass Täter_in und Opfer sich nicht kennen, die Tat unvermittelt stattfindet und eine Täter_innenermittlungen aufgrund der kurzen Dauer und fast nie erfolgter Reaktionen durch Zeug_innen nur selten gelingt. Anders verhält es sich bei Vorfällen im **Wohnumfeld** der Betroffenen (4), hier konnten drei aufgeklärt werden. Täter_innen und Betroffene kannten sich. Angriffe und massive Bedrohungen im Wohnumfeld haben mitunter eine besonders gravierende negative Auswirkung auf das Sicherheitsgefühl der Betroffenen, da sie befürchten müssen, immer wieder viktimisiert zu werden. Zu Beginn der Fußballsaison 2015/16 nahm in der Berliner Kreisliga C (14. Liga) eine dritte Mannschaft des jüdischen Sportvereins TUS Makkabi den Spielbetrieb auf. Beide Angriffe mit mindestens vier Verletzten in **Fußballstadien** ereigneten sich jeweils im letzten Drittel von Spielen, bei denen TUS Makkabi in Führung lag. Die Spieler und ein Makkabi-Unterstützer wurden als Vetreter_innen des jüdischen Vereins angegriffen, beschimpft und bedroht. Weitere Tatorte mit je einem Vorfall waren eine **Geschäftsstelle**, vor der die Betroffenen als Sicherheitspersonal eingesetzt waren, das **Internet** und ein **öffentliches Gebäude** (Amtsgericht Moabit).

Graphik II: Wer war betroffen von Angriffen, massiven Bedrohungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien?



Bedrohung, Beleidigung, Pöbeleien

Eine etwas abgeschwächte Form des Angriffs stellt die Kategorie Bedrohung, Beleidigung und Pöbeleien dar. Sie kann sich direkt gegen anwesende, aber auch gegen nicht anwesende Personen oder Personengruppen richten und stellt im ersten Moment nicht die direkte Unversehrtheit der Person in Frage.⁶

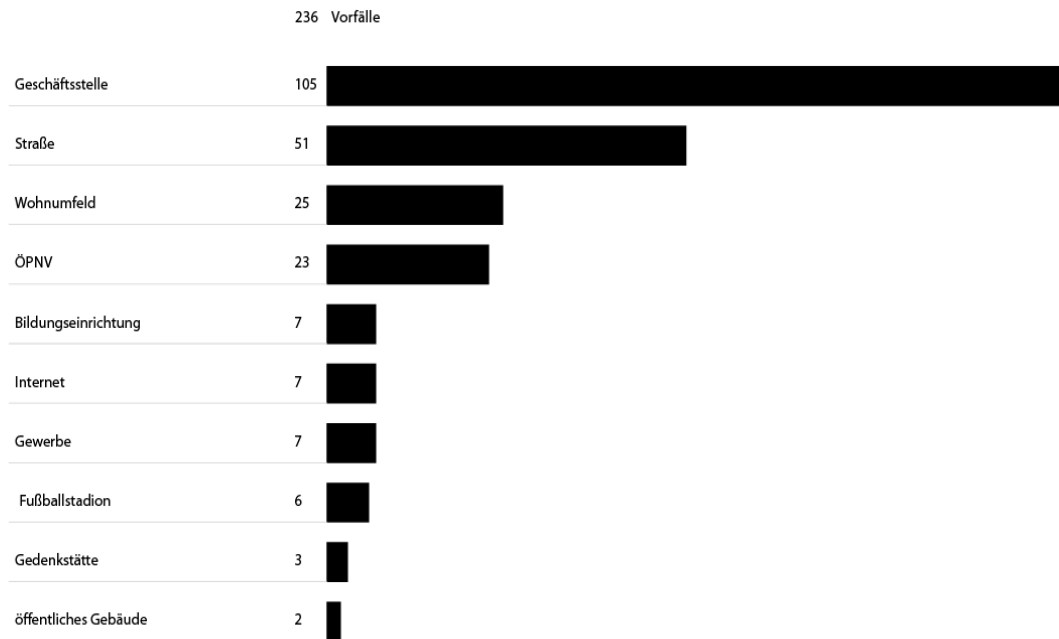
Hierunter fallen auch **Zuschriften**, die an eine Person, Institution oder Initiative adressiert sind.

Insgesamt gab es 209 **Bedrohungen, Beleidigungen** oder **Pöbeleien**. Mindestens 119 Personen waren durch diese Vorfälle betroffen, wobei in 28 Fällen gar keine Person unmittelbar adressiert wurde. 41 Betroffene waren **als Juden_Jüdinnen erkennbar**, 15 Personen wurden **als Vertreter_innen jüdischer oder israelischer Institutionen** adressiert. In zwei Situationen war den Personen die sich antisemitisch äußerten der jüdische Hintergrund der zwei Betroffenen nicht bekannt. Acht nicht-jüdische Personen wurden **als Jüdinnen_Juden adressiert**, sie hatten zuvor Antisemitismus kritisiert, sich nicht von Israel distanziert oder sich schlicht auf Englisch unterhalten. In fünf Fällen wurden Mindestens acht Personen für ihr erinnerungspolitisches Engagement oder beim Gedenken an NS-Erinnerungsorten Ziel von Beleidigungen und Pöbeleien. In diese als **Zivilgesellschaft** zusammengefasste Betroffenen-Gruppe fallen auch Einzelpersonen und Organisationen, die sich gegen Antisemitismus und andere Ungleichheitsideologien engagieren. Insgesamt waren mindestens zehn Personen aus der Gruppe Zivilgesellschaft betroffen. Die 92 antisemitischen Zuschriften die RIAS gemeinsam mit dutzenden jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen erhielt wurden auch dem Bereich **Zivilgesellschaft** zugeordnet. Drei Mal wurden Polizeibeamte und Vertreter_innen der Presse und einmal ein Politiker antisemitisch adressiert. Der Hintergrund von 32 Betroffenen ist nicht bekannt und bei 28 Vorkommnissen wurde niemand unmittelbar adressiert. Es handelte sich um antisemitische Kommentare oder Parolen in der Öffentlichkeit, die nicht gegen Personen gerichtet waren

Von den 209 Vorfällen aus der Kategorie **Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien** waren **112 als Zuschriften** an Privatpersonen oder Institutionen adressiert. Davon 96 per Mail, sieben als Briefe, fünf Flugblätter waren direkt an privaten Wohnungen oder Fahrzeugen angebracht, drei Nachrichten wurden auf Facebook, eine Sprachnachricht über WhatsApp übermittelt.

⁶ http://berliner-register.de/sites/default/files/Registerbroschuere_web2.pdf , S. 9. (eingesehen am 18.02.2016)

Graphik III: Wo ereigneten sich Angriffe, massive Bedrohungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien?



Die Systematisierung der Tatorte folgt mehreren Prinzipien: Das übergeordnete Ziel ist die Unterscheidung zwischen öffentlichem Raum und Orten, die unter den Geltungsbereich von Hausordnungen (ÖPNV, öffentliche Gebäude, Bildungseinrichtung, Fußballstadien, einige Gedenkstätten) fallen. Darüber hinaus wurden Tatorte zusammengefasst, bei denen eine strukturellen Verankerung des Problems (Bildungseinrichtung, Gewerbe) oder einer besonderen Auswirkung auf die Betroffenen auszugehen ist (Wohnumfeld).

Am Tatort **Geschäftsstelle** werden mit wenigen Ausnahmen Institutionen adressiert, die entweder jüdisch sind oder sich gegen Antisemitismus einsetzen. Die 92 Zuschriften an RIAS, welche immer auch an andere Institutionen adressiert waren und häufig nur unwesentliche Veränderungen im Text enthielten, machen über 90 % der Vorfälle mit diesem Tatort aus. Der Tatort **Wohnumfeld** mit 25 Vorkommnissen umfasst Vorfälle, bei denen die Betroffenen direkt angegriffen wurden (4), antisemitische Sachbeschädigungen, Schmierereien oder Flugblätter direkt im Wohnumfeld platziert wurden oder antisemitische Nachrichten per Mail, Brief oder am Telefon übermittelt wurden. Der Tatort **Bildungseinrichtung** mit sieben Vorkommnissen umfasst, öffentliche und private Schulen, sowie ein Museum. Insbesondere bei Vorfällen, die sich in Schulen oder Kindertagesstätten kann von einer hohen Hemmschwelle, Vorfälle zu melden ausgegangen werden, da eine Störung des Schulischen Alltags befürchtet wird. Der Tatort **Gewerbe** umfasst Fälle bei denen die Kund_innen durch in Ladengeschäften oder Fahrgäste in Taxis durch den_die Gewerbeinhaber_in antisemitisch beleidigt, bedroht oder beschimpft wurden. Die in der Graphik III dem **Internet** zugeordneten Vorkommnisse sind nur solche, die in den sozialen Netzwerken direkt an Personen oder Institutionen adressiert sind. Antisemitische Kommentare oder Youtube-Videos, die auf öffentlich einsehbaren Facebook- oder Twitter Konten festgestellt wurden, sind der Kategorie **Propaganda** zugeordnet.

Sachbeschädigung

Wenn sich Vorfälle gegen Sachen bzw. Dinge richten und in ihrer Form strafrechtlich relevant sind, so wird dies als Sachbeschädigung verzeichnet. Hierunter fallen rassistische Sprühereien ebenso wie Beschädigungen an Gedenktafeln, beschmierte Stolpersteine oder zerstörte Fensterscheiben.⁷

Insgesamt wurden 75 **Sachbeschädigungen** festgestellt

13 Sachbeschädigungen richteten sich gezielt gegen unterschiedliche Erinnerungsorte bzw. **Gedenkstätten**: In fünf Fällen betraf es Stolpersteine bzw. eine Informationstafel einer Stolpersteininitiative, bei den restlichen Vorfällen wurden Gedenkstätten und -zeichen beschmiert, zerstört oder entweiht. Allein fünf Mal wurde ein Schild mit der Aufschrift „Von hier fuhren Züge in Gas“ in Berlin Mitte beschmiert (das Schild wurde am 16. März 2016 gänzlich zerstört).

12 antisemitische Sachbeschädigungen durch zerkratzen von Glasscheiben oder Schmierereien fanden an oder in Wohnhäusern. Es handelt sich vorwiegend um Davidsterne oder Hakenkreuze. Bei diesen Fällen ist nicht bekannt, ob in der Nachbarschaft Juden_Jüdinnen leben oder nicht-jüdische Menschen konkret adressiert waren.

Zwei Sachbeschädigungen betrafen Eigentum oder den Eingang von **Synagogen**. Acht Sachbeschädigungen betrafen das Eigentum von **jüdischen** oder als **Jüdin_Jude adressierten Menschen**. Bei einem Vorfall handelt es sich um einen antisemitischen Hack-Angriff auf die Facebook-Seite der „Meschugge-Party“.

Ebenfalls sechs Sachbeschädigungen richteten sich gegen die **Geschäftsstellen** eines Politikers, einer christlichen Organisation bzw. zivilgesellschaftlicher Organisationen.

24 antisemitische Schmierereien ereigneten sich auf der **Straße** (12) im **ÖPNV** (11) und in einem **öffentlichen Gebäude**. Bei diesen gibt es keine bekannten Hinweise auf zielgerichtete Taten. Auffällig ist, dass fast die Hälfte dieser wahllosen antisemitischen Schmierereien im Bezirk Tempelhof-Schöneberg (11) stattfand, insbesondere im Umfeld der Endhaltestelle der U-Bahnlinie 6 - Alt-Mariendorf (9).

Propaganda

Handelt es sich bei dem Vorfall um Aufkleber, Plakate, Transparente oder Flugblätter, so wird er bei der Kategorie Propaganda eingeordnet.⁸

Die Vorfälle werden nur dann als Propaganda eingeordnet, wenn sie durch ihre Platzierung nicht gegen Personen oder Institutionen gerichtet sind. Zielgerichtete Propaganda wird als **Bedrohung, Beleidigung, Pöbeleien** kategorisiert. In die Kategorie **Propaganda** fallen auch antisemitische Äußerungen im Internet, die nicht an Personen oder Institutionen in Form von **Zuschriften** adressiert sind.

⁷ Vgl.: Ebd.

⁸ Vgl.: Ebd.

Die Aussagekraft und Sinnhaftigkeit dieser Kategorie kann hinterfragt werden; so wäre es möglich, durch die Verbreitung einer großen Stückzahl von Aufklebern durch nur eine Person eine verzerrende Darstellung von Vorfällen in einem Sozialraum zu erhalten. Ähnlich beliebig erscheint die Erhebung von Propaganda im Internet, da die Anzahl recherchierter Vorfälle vor allem von der Affinität für online-basierte Inhalte und maßgeblich von den zeitlichen Ressourcen bei jenen Organisationen, die Vorfälle erfassen, abhängt.

Es wurden 68 Vorfälle von antisemitischer Propaganda registriert.

Mehr als zwei Drittel der Vorfälle ereignete sich im **Internet** (44) vorwiegend auf den sozialen Netzwerken Facebook (16), Twitter (6), und YouTube (3).

13 antisemitische Aufkleber oder Flugblätter wurden auf der **Straße**, sieben im **ÖPNV**, zwei an **Geschäftsstellen** festgestellt. Jeweils ein Propagandavorfall wurde in einer öffentlichen **Bildungseinrichtung** und einem **Gewerbe** bekannt.

Veranstaltung

Geht es um Demonstrationen, Konzerte oder Informationsstände, so wird dies als Veranstaltung bezeichnet und kategorisiert.⁹

Hinsichtlich der Systematik und Aussagekraft dieser Kategorie lassen sich unterschiedliche Argumente anführen: Während die Erfassung genuin rechtsextremer und rechtspopulistischer Aufmärsche als Fokus der Erfassung durch die Berliner Registerstellen naheliegt, ergibt sich für das Thema Antisemitismus eine wesentlich größere Auswahl an politischen Milieus. Zu den Veranstaltungen von Rechtsextremen kommen als Objekte der Analyse von öffentlichen antisemitischen Manifestationen auch solche von islamistischen, globalisierungskritischen, antikapitalistischen und verschwörungstheoretischen Akteuren hinzu. Nicht zuletzt werden antisemitische Boykott-Kampagnen in Deutschland zunehmend auch von linken, christlichen, mitunter sogar jüdischen Personen und Organisationszusammenhängen getragen. Vor diesem Hintergrund wurde ohne den Anspruch auf Vollständigkeit versucht, im Sinne verdeutlichender Beispiele unterschiedliche Spektren abzubilden.

Insgesamt wurden 26 Veranstaltungen festgestellt auf denen antisemitische Inhalte durch Wortbeiträge und Transparente, Plakate oder Flugblätter belegbar sind.

Bei 23 **Veranstaltungen** handelte es sich um Versammlungen unter freiem Himmel, bei denen mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt war:

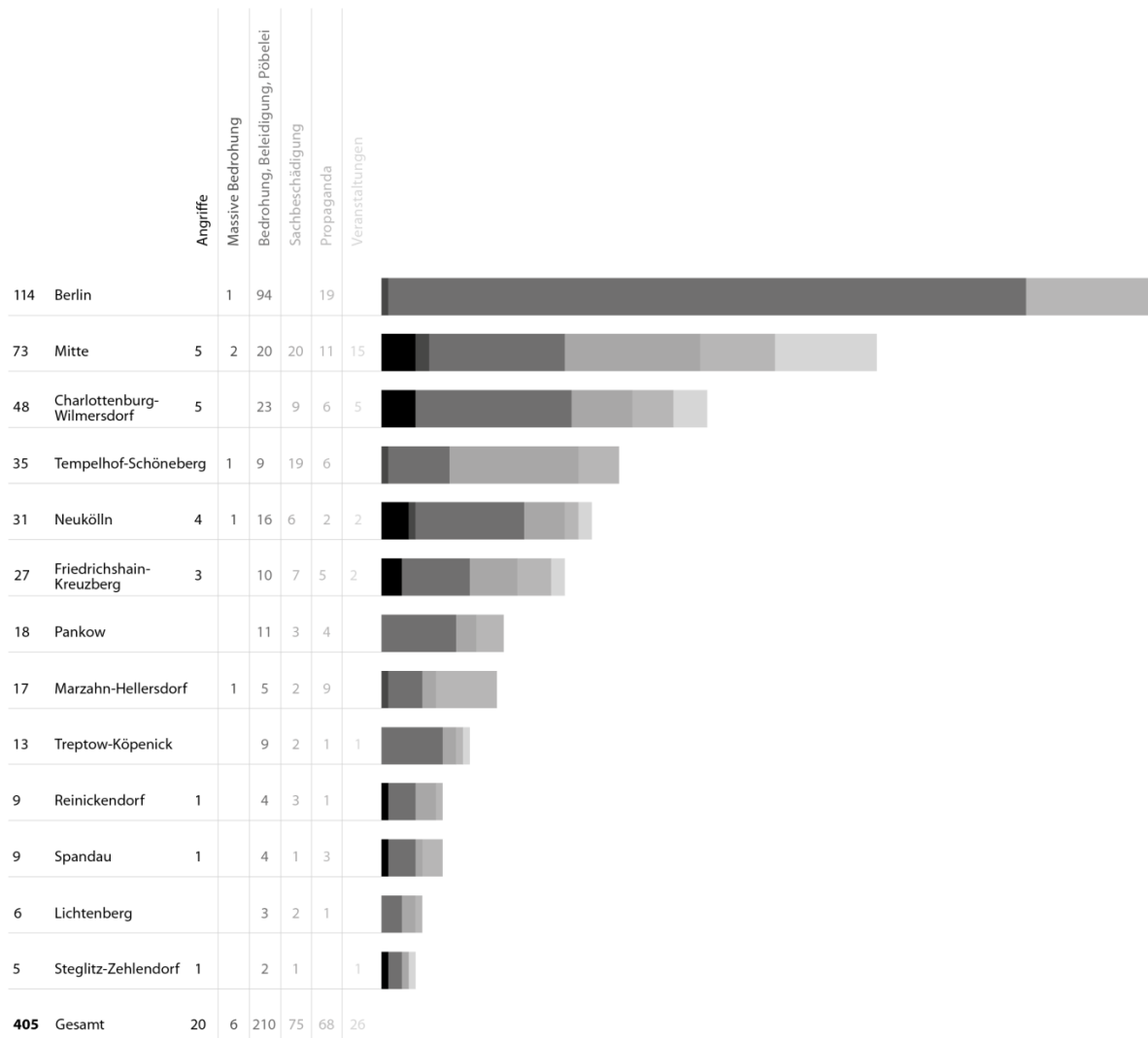
- a) offene Judenfeindschaft,
- b) Holocaust-Leugnung bzw. -Relativierung,
- c) Verhöhnung der Opfer der Schoa,
- d) Juden werden für den Holocaust verantwortlich gemacht,

⁹ Vgl.: Ebd.

- e) antisemitische Verschwörungstheorien,
- f) antisemitische Bildsprache,
- g) Israel wird dämonisiert und seine Existenz delegitimiert,
- h) Aufrufe, israelische Produkte zu boykottieren.

Drei Veranstaltungen fanden in geschlossenen Räumen statt. Bei zweien handelte es sich um regelmäßig stattfindende Treffen so genannter Reichsbürger. Auf den öffentlichen Veranstaltungen wurden antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet; u.a. wurde versucht die Echtheit der „Protokolle der Weisen von Zion“ zu belegen. Die dritte Veranstaltung fand am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität statt. Der Referent bezog sich auf antisemitische Verschwörungstheorien und nutzte eine antisemitische Bildsprache in seiner Präsentation.

Graphik IV: geographische Verteilung antisemitischer Vorfälle nach Vorkfallkategorien



Die Graphik IV zeigt die geographische Verteilung der Vorfälle in Berlin. Wie in den Jahren zuvor ereignen sich die meisten im Westteil der Stadt und fanden vor allem in den Innenstadtbezirken Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf und Neukölln statt. Der Bezirk Mitte ist mit 73 Vorkommnissen der am häufigsten Betroffene.

Appendix I: Beispiele von Veröffentlichungen aus der Kategorie Angriffe / massive Bedrohung:

Vorfall Meldung #8 Angriff nach antisemitischer Beschimpfung in Neukölln (03.Juni)

Schon am 03. Juni wurde eine Person zur Mittagszeit auf der Karl-Marx-Straße antisemitisch und homophob beschimpft und ins Gesicht geschlagen. Gegen 13:00 Uhr rief ein 25-30jähriger Mann in beleidigender Absicht der betroffenen Person "Schwules Judenschwein" entgegen, um der Person daraufhin ins Gesicht zu schlagen. Der Tatort, Karl-Marx-Straße/Ecke Reuterstraße, ist zu dieser Tageszeit belebt. Da sich keine_r der anwesenden Passant_innen rührte, musste die betroffene Person die Flucht ergreifen, um sich vor weiteren Attacken des Angreifers zu schützen.

Vorfall Meldung # 18 antisemitische Drohungen gegen Stolperstein-Initiative in Friedenau (26. September)

Seit mehreren Jahren wird die „Initiativgruppe Stolpersteine Stierstraße“ antisemitisch bedroht und angefeindet. Dutzende Stolpersteine in Friedenau wurden beschädigt oder gestohlen, auch die Scheibe des Infokastens der Initiative wurde schon eingeworfen. Am 26. September war es wieder so weit. Ein Mitglied fand zunächst in ihrem Briefkasten etwa 100 abgerissene Einladungen ihrer Initiative zu einer Verlegung von neuen Stolpersteinen in der Sponholzstraße am Tag zuvor. Abends dann erreichte sie eine Email vom „Anti-Stolpersteinprojekt Friedenau“ in der sie als „dreckige Judenfreundin“ angedeutet wird. Neben vulgären, sexistischen Beschimpfungen bietet der Brief vor allem tiefen Einblick in die antisemitische und neonazistische Weltsicht der Verfasser; so wird das erinnerungspolitische Engagement der Initiative als „volksverräterische und nestbeschmutzerische Schuldaktion“ charakterisiert. Die Initiative sei „beschämender Abschaum, der sich auf Kosten der Würde unseres deutschen Volkes wichtig machen will, indem er immer wieder die längst verheilten Wunden der Vergangenheit aufreißt.“ Die Mail endet schließlich mit einer expliziten Drohung: „Und weil ihr für Worte nicht zugänglich seid, hoffen wir euch mal persönlich über den Weg zu laufen, während keine Zeugen in der Nähe sind. Bei der Gelegenheit können wir euch dann mit Nachdruck von unserer Position überzeugen! Also [...], du kleine aufgeblasene und selbstdarstellerische Juden-Nutte, vielleicht schaust du dich auf dem Fahrrad besser mal öfters nach hinten um...“.

Vorfall Meldung # 23 Mitglied der Jüdischen Gemeinde antisemitisch im Straßenverkehr beschimpft, bedroht und bespuckt (Mai)

Bereits im Mai wurde ein Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu Berlin in seinem Auto am Großen Stern in Berlin-Mitte vom Fahrer eines Lieferwagens antisemitisch beschimpft, bedroht und bespuckt. Der unbekannte Täter signalisierte dem Betroffenen an der Ampel Hofjägerallee/Ecke Großer Stern, er soll das Fenster herunterlassen. Nichts Schlimmes ahnend, folgte der Betroffene der Bitte, um sofort mehrfach den Ausruf "Ich fickte Israel" zu vernehmen. Eingebogen auf die Straße des 17. Juni, täuschte der Fahrer des Lieferwagens mehrfach an, das Auto des Betroffenen zu rammen. An der nächsten Ampel Ecke Entlastungsstraße folgte eine weitere Schimpftirade. Schließlich spuckte der Täter in die Richtung des Betroffenen. Der Betroffene schilderte uns, dass er ausnahmsweise an diesem Tag seine Kippa nicht mit einem Basecap verdeckt hatte, was er seit vielen Jahren tue, um antisemitischen Anfeindungen aus dem Weg zu gehen. Besonders erschreckend ist an diesem Fall, dass der Täter sogar einen Unfall und somit eine Verletzung der körperlichen Unversehrtheit des Betroffenen in Kauf nahm.

Appendix II: Beispiele von Veröffentlichungen aus der Kategorie Bedrohung, Beleidigung, Pöbelelei

Meldung Vorfall #1: antisemitische Reaktion auf historische Initiative im Prenzlauer Berg (14. Juli)

Heute Vormittag wurde auf dem Gelände des Museums Pankow in der Prenzlauer Allee der Audiorundgang "Jüdische Geschichte(n) im Prenzlauer Berg", erstellt vom "Arbeitskreis Historisch-politische Bildung" (AK HipoBil), der Öffentlichkeit vorgestellt. Kurz vor Beginn der Veranstaltung nahm ein Passant den Flyer des Projekts in die Hand und fragte zwei Vertreter_innen des AK HipoBil: "Haben Sie das auch mit den Steuern drin?" Auf Nachfrage erklärte der Mann: "Na, dass die Juden in Deutschland keine Steuern zahlen müssen, wenn sie bis zur 10. Generation nachweisen können, dass ihre Vorfahren durch den Holocaust Nachteile erfahren haben." Weiter adressierte er die Beiden: "Sie müssen ja Jüdin sein, wenn Sie mir das Wort im Mund rundrehen." Er verabschiedete sich mit dem Kommentar: "Sie sind eine doofe Jüdin." Wir wünschen dem AK HipoBil, dass er in Zukunft andere Reaktionen auf die wertvolle Arbeit erhält.

Nachmeldung #4 antisemitische Äußerungen am Arbeitsplatz (25. November)

Am 25. November 2015 kam es im Rahmen einer politischen Diskussion am Arbeitsplatz in einem Büro in der Nähe des Potsdamer Platzes (Berlin-Mitte) zu Schoa-relativierenden Aussagen. Zum wiederholten Male wurde von einer Arbeitskollegin das „Vorgehen“ Israels im Gazastreifen mit der Schoa gleichgesetzt. Auf den antisemitischen und Schoa-relativierenden Inhalt hingewiesen, entwickelte sich ein Streit, im Zuge dessen die Kollegin einen „jüdischen Hintergrund“ bei dem Widersprechenden imaginierte. Auf die Erwiderung, dass dies nicht zutreffe, reagierte sie mit einem Schulterzucken und diffamierte ihn stattdessen als „islamophob“ und „anti-islamisch“. Angesichts der vorausgegangenen Kritik, die sich ausschließlich auf die antisemitische Geschichtsauffassung bezog, erscheinen diese Reaktionen als bekannte verbale Abwehr- bzw. Angriffsstrategien von Menschen, die mit dem eigenen Antisemitismus konfrontiert werden. Von Seiten der Vorgesetzten wurde lediglich die Bitte geäußert, politische Diskussionen während der Arbeitszeit zu unterlassen und dem Wunsch der meldenden Person stattgegeben, in einem anderen Büro zu arbeiten. Wir begrüßen die Haltung des Meldenden, sich gegen jede Form von Antisemitismus auszusprechen und bedauern den entpolitizierenden Umgang von Seiten der Vorgesetzten.

Vorfall Meldung # 31 antisemitische Kommentare in Spandauer Kita (19. Oktober)

In der Morgenrunde einer Spandauer Kita am 19. Oktober sagte ein fünfjähriger Junge: "Meine Mama hat erzählt, dass Hitler nicht alle Juden umgebracht hat. Gott hilft, dass die Juden vernichtet werden." Ein anderer Junge fragt ihn daraufhin: "Woher willst du wissen, was Gott will?" In einem anschließendem Gespräch zwischen in der Kita tätigen Personen sagte eine Erzieherin, dass "Hitler leider nicht alle Juden umgebracht hat".

Appendix III: Beispiele von Veröffentlichungen aus der Kategorie Sachbeschädigungen:

Vorfall Meldung # 35 - 39 die Serie antisemitischer Schriftzüge in Alt-Mariendorf reißt nicht ab (Oktober / November)

Seit dem 24. Oktober kam es zu fünf weiteren antisemitischen Schriftzügen im und um den U-Bahnhof Alt-Mariendorf.

- Am 24. Oktober 2015 wurde an der Decke des Eingangs zum U-Bahnhof Alt-Mariendorf der Schriftzug "Wer ist Rothschild - macht euch schlau (Internet)" angebracht. Nur vier Tage später am 28. Oktober wurde etwa 150 Meter entfernt vom Bahnhof, neben die Öffnung eines Mülleimers, in der Straße Alt-Mariendorf, der Schriftzug "Juden rein" geschmiert. Ebenfalls am gleichen Tag in der Straße Alt-Mariendorf wurde an einem Zaun, einige Hundert Meter weiter, der Schriftzug "Juden raus" dokumentiert. Am 12. November wurde der Schriftzug "Juden raus" abermals im Eingangsbereich des U-Bahnhofs Alt-Mariendorf geschmiert. Und neben der Öffnung eines Mülleimers, in der Straße Alt-Mariendorf/Ecke Forddamm, der Schriftzug "Jude rein" entdeckt. Wir bitten Anwohner_innen weiterhin jede Schmiererei auf www.report-antisemitism.de oder beim Register Tempelhof-Schöneberg zu melden und auch die Polizei oder die BVG zu informieren.

Vorfall Meldung # 50 antisemitische und verschwörungsideologische Schmierereien am U-Bahnhof Pankstraße (Dezember)

RIAS wurde gemeldet, dass Anfang Dezember 2015 in der U-Bahnstation Pankstraße im Stadtteil Wedding (Bezirk Mitte) mehrere islamistische Schmierereien angebracht wurden.

So stand dort geschrieben „We want Khilafa“ (dts.: Wir wollen das Kalifat) und „Paris lügt“. Nach Auskunft der meldenden Person wurde am Folgetag nochmals „We want Khilafa“ sowie „Kindermörder Israel“ geschmiert. Wenige Tage später konnten wir vor Ort nur noch das verschwörungsideologische „Paris lügt“ vorfinden. Verschwörungstheorien über so genannte „False Flag“-Aktionen oder „Inside Jobs“ - also die Behauptung, staatliche Stellen oder Geheimdienste seien für die Terroranschläge verantwortlich - haben ihren Ursprung im „9/11 Truth Movement“ (dt.: „Wahrheitsbewegung zum 11. September“). Mittlerweile sind sie in den unterschiedlichsten politischen Spektren weit verbreitet.

Appendix IV: Beispiele von Veröffentlichungen aus der Kategorie Propaganda:

Vorfall Meldung # 46/47 erneut Zettel mit antisemitischen Inhalten in Charlottenburg

Seit Ende Oktober wurden mindestens vier Mal kleine Zettel mit verschwörungstheoretischen Inhalten an Bushaltestellen der Linie 101, Laternenmasten und in einem Bürogebäude [siehe Meldung # 28] in Charlottenburg festgestellt. Am 17. November lag ein solcher Zettel neben der Bushaltestelle Konstanzer Straße der Linie 101. Am 23. Dezember wurde er an einem Laternenmast Lietzenburger Straße/Ecke Uhlandstraße gesichtet und entfernt. Der vorwiegend kryptische Inhalt nimmt wie viele Verschwörungstheorien gleich zu Anfang Bezug auf Juden und Jüdinnen: "Kein jüdischer Terror >Zum Schutz der Juden< in Berlin, keine Angriffe auf deutsche Bürger." lautete der Text der ersten beiden Sichtungen. Bei der dritten am 17. November hieß es „...>Zum Schutz der Juden< aus Polen“ und bei der vierten am 23. Dezember „>Zum Schutz der Juden< aus GB“ (vermutlich für Großbritannien). Seit der dritten Sichtung ist zudem das Symbol der Gruppe „Anonymous“ auf der Vorderseite abgebildet. Auf der Rückseite wird vor „heimlichen Blendangriffen“ durch technische Geräte, die in den USA patentiert wurden, gewarnt. Damit Sie wissen, worauf Sie in der Gegend achten können, haben wir uns entschieden, Bilder der Zettel zu veröffentlichen. Bitte melden Sie uns jede Sichtung unter www.report-antisemitism.de

Appendix V: Antisemitische Ausdrucksformen auf dem Al-Quds-Aufmarsch in Berlin – 2015 (veröffentlicht am 21.08.2015)

„Das Wort >jahudi< wird in Arabien falsch benutzt. Juden sind unsere Brüder und Freunde. Zionisten bleiben unsere Feinde.“ (Jürgen Grassmann, Anmelder des diesjährigen Al-Quds-Aufmarsch in Berlin)

Am 11. Juli organisierte die Quds-AG des Vereins „Islamische Gemeinde der Iraner in Berlin-Brandenburg e. V.“ den neunzehnten Al-Quds-Aufmarsch in Berlin. An dem Aufzug nahmen zwischen 700-800 Personen teil. Anders als im Vorjahr, gab es keine Angriffe auf Gegendemonstrant_innen. Jedoch agitierten die offiziellen Redner wesentlich offener und aggressiver gegen Israel, „die Zionisten“ und Juden_Jüdinnen. Im Mittelpunkt der Auswertung sollen daher die Inhalte der gehaltenen Reden stehen.

Die vorliegende Auswertung des Al-Quds-Aufmarsches am 11.Juli 2015 wurde durch das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus, den Register Charlottenburg-Wilmersdorf und die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus erstellt. Darüber hinaus wurden mehrere Aussagen von Beobachter_innen und eine Meldung über Report-Antisemitism.de berücksichtigt.

Auftaktveranstaltung am Adenauerplatz

Als erster Redner sprach der Anmelder des Al-Quds-Aufmarsches Jürgen Grassmann. Er begann seine Rede, gerichtet an die Kundgebung des No-Al-Quds Bündnisses, mit den Worten: „Das sind die Krebsgeschwüre der Menschheit. Dagegen müssen wir gewaltlos in Deutschland antreten, kämpfen. Dafür haben wir Leute im Libanon. Die Gruppe beginnt mit „H“ (H. steht für Hisbollah, Anmerk. d. Verfasser). Und da sind wir stolz drauf.“ Er forderte die Teilnehmenden des Al-Quds-Aufmarsches auf, friedlich zu bleiben, denn „die Kampfzone befindet sich im Libanon, in Syrien, in Afghanistan, in Gaza. Wer kämpfen will, ist dort gefragt. Hier auf den Straßen haben wir es nicht nötig.“ Es folgte eine für seine manichäische Weltansicht symptomatische Bewertung der deutschen Medien, diese seien „[...] die Lügenpresse, die zionistische Presse. Das ist zionistische Presse. Tagesspiegel, Spiegel, es gibt keine freie Presse.“

Als nächster Redner trat wie in den Vorjahren Christoph Hörstel auf. Der PR-Berater und Vorsitzende der Partei „Deutsche Mitte“ bewegt sich in verschwörungstheoretischen Zusammenhängen und fiel im letzten Jahr durch seine Bezeichnung Israels als „Unstaat“ auf. In seiner diesjährigen Rede parallelisierte er die mediale Berichterstattung über Antisemitismus mit nationalsozialistischer Propaganda. „Sie desinformieren. Sie machen mit der deutschen Bevölkerung das, was Adolf Hitler mit den Polen vorhatte. Er wollte sie verdummen. Das sind Nazimedien.“ Wie schon im vergangenen Jahr sprach er Israel in seiner jetzigen Verfassung das Existenzrecht ab und relativierte den anti-jüdischen Terror der Hamas. „Lasst uns an die Palästinenser denken, die dafür kämpfen, dass Al-Quds eine freie Stadt wird, zionistenfrei, das wäre gut.“ Und weiter: „Die Hamas ist bereit Juden zu schützen.“ Stattdessen finde „In Palästina eine ethnische Säuberung statt“.

Der letzte Redner der Auftaktveranstaltung war der in der deutschen Palästina-Solidaritätsbewegung sehr aktive Journalist Martin Lejeune. In seiner Rede begründete er seine aktuellen Bemühungen ein Schiff von Hamburg nach Gaza zu entsenden. Sein Appell an die deutsche Öffentlichkeit, sich für das „unveräußerliche Recht auf palästinensische Selbstbestimmung“ einzusetzen, enthielt einen NS-Vergleich, relativierte den Holocaust und dämonisierte Israel: „Deutschland trägt schon die Schuld an einem Holocaust. Es darf nicht noch einen Holocaust geben.“ Weiter sagte er, dass „[...] in Gaza ein Völkermord stattfindet, ein Völkermord stattfindet an den Palästinensern verübt durch die israelische Armee [...]. Die deutsche Regierung unterstützt und bewaffnet die israelische Armee, um den Völkermord an den Palästinensern durchzuführen.“

Zwischenkundgebung an der Ecke Uhlandstraße / Kurfürstendamm

Auf der Zwischenkundgebung wurde zunächst eine Rede der Sekte „Neturei Karta“ verlesen. Die Neturei Karta tritt als vermeintlich jüdische Stimme auf anti-israelischen Demonstrationen in ganz Europa auf. Auch in diesem Jahr leugneten sie das Existenzrecht Israels als jüdischen Staat. „Judaismus verbietet in jeglicher Art die Besetzung Palästinas. [...] Sie wollen, dass die Menschen vom jüdischen Staat reden, weil dann können sie alle Kritiker als antisemitisch verurteilen“.

Die auf Arabisch vorgetragene Rede des als „jemenitischer Bruder“ vorgestellten Saif Al-Washali endete mit dem volksverhetzenden Schlachtruf: „Tod Israel, verflucht seien die Juden und Sieg für den Islam.“ Hierfür erhielt der Redner Beifall, seine Parole wurde von Teilen der DemonstrantInnen im Chor gerufen. Die Parolen „Tod Israel“ oder Abwandlungen davon, waren durch den Auflagenbescheid untersagt worden.

Als letzter Redner auf der Zwischenkundgebung sprach ein Vertreter der Union der islamischen Studentenorganisationen in Europa. Dieser dämonisierte das israelische Handeln als „Rassenmord“, welches ihn an den Nationalsozialismus erinnere, und forderte dazu auf „die Produkte des zionistischen Tyrannen [zu] boykottieren.“ In Anspielung auf die deutsche Erinnerungspolitik stellte er fest: „Das deutsche Volk schuldet dem antisemitischen und zionistischen Regime von Israel nichts.“

Abschlusskundgebung am Wittenbergplatz

Auf der Abschlusskundgebung dämonisierte und delegitimierte der Anmelder des „Quds-Marsches“ Grassmann Israel als „Krebsgeschwür“ und als „den Schuldigen an allem Übel dieser Welt“. Seine antisemitische Weltsicht, wird in seiner anschließenden Rede über die verschwörerische Allmacht der „Zionisten“ deutlich: „Unsere Politiker tun das nicht freiwillig. Viele von denen würden bestimmt gerne eine andere Nahostpolitik betreiben. [...] Die Damen und Herren Zionisten haben in diesem Bereich eine absolute Macht. Die haben Geld, die haben alles. [...] Die Zionisten sitzen in ihren Löchern, haben die Taschen voll Geld und bestechen unsere Politiker.“ In Reaktion auf den lauter werdenden Protest der Gegendemonstrant_innen drohte Grassmann: „Ich wünschte, wir hätten einen offenen Schlagabtausch. Allahu akbar können wir ruhig sagen.“

In seiner Abschlussrede führt er seine Verschwörungstheorien weiter aus und rief zu aktivem Widerstand auf: „Die Zionisten planen Jahrzehnte voraus. 9/11 haben sie jetzt geplant. In 20 Jahren wollen sie weiter planen: Ägypten, Türkei, alles soll geteilt werden. [...] Wir können uns nicht hier zurück lehnen, Fernsehen gucken, bei ALDI und LIDL einkaufen, bei den ganzen zionistischen Firmen. [...] Die werden irgendwann ihre Rechnung bezahlen müssen. Aber Gott kann die nur dann ausgleichen, wenn wir auch aufstehen. Wenn wir auch kämpfen. Es wird nicht von alleine passieren.“ Er beendet die Veranstaltung mit den Worten „Das Wort *jahudi* wird in Arabien falsch benutzt. Juden sind unsere Brüder und Freunde. Zionisten bleiben unsere Feinde.“

Besondere Vorkommnisse

Die folgende Auswahl von Vorfällen dokumentiert den antisemitischen und verbal-aggressiven Charakter des Quds-Marsches in Berlin.

- Auftaktkundgebung, 15:00 Uhr: eine Gruppe skandierte in Richtung der Kundgebung des antifaschistischen Bündnisses „Kindermörder Israel“. Grassmann schritt mit Verweis auf die Polizei ein. Später wurde die Parole ohne Sanktionen gerufen.
- Auftaktkundgebung, 15:00 Uhr: Einschüchterungsversuch von zwei Journalist_innen durch eine Gruppe von DemonstrationsteilnehmerInnen. Dabei wurden diese geschubst und als „Zionistenschweine“ beschimpft.
- Kantstraße / Budapesterstraße, 15:00 Uhr: Schüler filmte die Kundgebung gegen den Al-Quds Tag am Breitscheidplatz und kommentierte seine Aufnahme laut mit den Worten: „Wir sollten euch wieder vergasen!“. Polizei nahm Anzeige entgegen und stellt den Täter fest.
- Höhe Schlüterstraße, 16:25 Uhr: Rufen des antisemitischen Schlachtrufs „Khaibar khaibar ya yahod! Gaish Mouhamad sawfa yaood“ (sinngemäße Übersetzung: Juden, vergesst nicht Khaybar, Mohammeds Armee kehrt zurück), welcher sich auf den antijüdischen Feldzug in der Stadt Khaybar im Jahre 627 unserer Zeitrechnung bezieht.
- Zwischenkundgebung, 16:50 Uhr: Rufen des islamischen Glaubensbekenntnis mit der Ergänzung „wa Shahid Habib Allah“ (Übersetzt: der Märtyrer wird geliebt von Allah). Es handelt sich im Kontext der Demonstration, um eine Verherrlichung terroristischer Gewalt durch Märtyrer gegen den Staat Israel.
- Joachimsthaler Straße, 17:30 Uhr: Einzelperson rief „Juden ins Gas“.
- Breitscheidplatz, 17:35 Uhr: Bis zur Abschlusskundgebung kam es immer wieder zu homophoben Aussagen gegenüber einer Person, die die Demonstration kritisch begleitet.
- Abschlusskundgebung, 18:00 Uhr: Teilnehmende schüchtern eine Journalistin ein. Nur durch das beherzte Eingreifen von anderen Journalist_innen, wurden diese beendet.

- Abschlusskundgebung, 18:10 Uhr: In Reaktion auf eine Rede des Anmelders Grassmann, wurde von einem Demonstranten der Hitlergruß gezeigt. Als dieser angezeigt wurde, entgegnete der Polizist, dass die Teilnehmer so etwas nicht machen würden.

Fazit:

Der „Qudstag“ hatte wie in den Vorjahren das Motto „Gemeinsam gegen Zionismus und Antisemitismus“. Das Motto prägte die Semantik der gehaltenen Reden und das Auftreten des Anmelders Jürgen Grassmann. Die öffentliche Thematisierung von „Antisemitismus“ wurde als Propaganda-Waffe und als Erfindung der „kontrollierten Medien“ beschrieben. Wie in den Jahren zuvor wurde versucht, die eigene antisemitische Weltsicht durch die konsequente Verwendung des Wortes „Zionisten“ anstelle von „Juden“ zu camouflieren. Anders als im letzten Jahr kam es dieses Mal zu keinen Angriffen auf Gegen-Demonstrant_innen. Ein Umstand der auf das noch massivere Polizeiaufgebot und das Fernbleiben einer bestimmten Personen-Klientel, die im letzten Jahr aufgrund des Gaza-Krieges teilnahm, erklärt werden kann.

Im Rahmen der Dokumentation des „Al-Quds-Marsches“ wurden knapp 50 Sichtungen gezählt, welche folgende Aspekte enthielten:

- fortwährende antisemitische Invektiven oder offene Juden-Feindlichkeit von Rednern des Quds-Marsches
- verunglimpfende Dämonisierungen Israels bzw. der israel-solidarischen Gegen-Demonstrant_innen
- Positionen, die Israel in seiner jetzigen Verfassung als jüdischen Staat abschaffen wollen
- Verherrlichung von Gewalt gegen Israel
- Relativierung des Nationalsozialismus
- Anfeindungen von Journalist_innen und Einschränkungen in der Ausübung ihrer Pressefreiheit
- homophobe Anfeindungen gegenüber einer Person, die den Al-Quds-Marsch kritisch begleitete
- Zeigen des Hitler-Grußes

Appendix VI: Antisemitische Vorfälle am 09. November in Berlin (veröffentlicht am 10.11.2015)

Am 77. Jahrestag der Pogromnacht provozierten Rechtsextreme mit drei Versammlungen im Zentrum Berlins. Mehrere Orte des Gedenkens in Moabit wurden antisemitisch beschmiert. Die antifaschistische Demo zur Erinnerung an die Deportation Berliner Juden_Jüdinnen durch Moabit wurde beworfen und mehrfach antisemitisch angefeindet, ein Fahrgast meldete uns antisemitische Kommentare in der S-Bahn.

Schmierereien und Diebstahl an Gedenk- und Erinnerungsorten

Wie uns die Polizei mitteilte, stellte sie morgens am Mahnmahl in der Levetzowstraße mit einem schwarzen Edding aufgetragenen Schriftzüge fest: „Ausc..it. 1058“ „Ausgelogen

witz 1058“ „lernt die Wahrheit lest die Revisionsliste“, „höre die Wahrheit wer immer sie spricht“. Das Mahnmal an Putlitzbrücke war ebenfalls mit schwarzer Farbe beschmiert: „Gaskammer-Lüge“, „Holohoax – Die Täter sind Zionisten“ „9.11. - false flg“.

Moabit.net informierte darüber, dass auf einem provisorischen Gedenkort an den historischen Gleisanlagen des Deportationsbahnhofs unter der Putlitzbrücke der Initiative „Sie waren Nachbarn“ in der Ellen-Epstein-Straße „Alles Lüge!“ aufgetragen wurde.

Der Koordinator der Stolpersteine-Initiative in Charlottenburg-Wilmersdorf teilte uns mit, dass in der Rönnestraße am 9. November das Verschwinden des Stolpersteins zum Gedenken an Heinrich Blumenthal festgestellt wurde. Er war im Juli 2013 verlegt worden.

Auf dem Kreuzberger Mehringplatz befindet sich die Installation „Pfad der Visionäre“. Es handelt sich um in den Boden eingelassene Platten mit Zitaten ausgewählter Persönlichkeiten aus UN-Mitgliedsstaaten. Jede Platte ist mit der Landesflagge des Herkunftslandes der entsprechenden Persönlichkeit versehen. Für den Staat Israel wurde der Schriftsteller und Begründer des politischen Zionismus Theodor Herzl ausgewählt. Am 9. November wurde die Zerstörung der gläsernen Abdeckung sowie das gezielte Abkratzen der israelischen Fahne festgestellt. Dieser Akt des rituellen Zerstörens der Flagge zeigt den Willen an, die Existenz des Staates Israels nicht anzuerkennen. Die zeitliche Nähe der Tat zum 77. Jahrestag der Reichspogromnacht verstärkt ihre Wirkung. Die Annahme eines antisemitischen Tatmotivs ergibt sich aus der gezielten Auswahl der beschädigten Platte und dem für die Sachbeschädigung gewählten symbolträchtigen Datum.

Rechtsextreme Provokationen

Drei Veranstaltungen aus unterschiedlichen rechtsextremen Spektren wurden in den Bezirken Mitte und Pankow durchgeführt. Die Mahnwache der „Staatenlos“-Reichsbürger um R. Klasen fand dieses mal mit max. 20 Teilnehmenden unmittelbar vor dem Bundestagsgebäude Paul-Löbe-Haus statt. Wie schon in jüngster Vergangenheit nutzte auch die NPD den Tag, um in den Abendstunden, nur wenige 100 Meter vom „Mahnmal für die Ermordeten Juden Europas“ entfernt ihre rechtsextremen Deutungen zum 9. November vorzutragen. Das Team von Berlin Rechtsaußen kommentierte die Aussagen des NPD-Landesvorsitzenden Schmidtke „Der 9. November – Der Tag an dem die Deutschen Geschichte schrieben“ mit „unfassbar“. Der „48 Abendspaziergang“ von BÄRGIDA führte vom Alexanderplatz zum S-Prenzlauer Allee in Pankow. Auf dem Weg dorthin zog der Aufmarsch mit seinen 120 Teilnehmenden samt Reichsfahnen und Reichskriegsflaggen an der Synagoge Rykestraße vorbei, welche 74 Jahre zuvor geplündert und geschändet wurde. Noch am Hauptbahnhof in Mitte hatte ein Redner die Bundesregierung als „Brunnenvergifter“ bezeichnet.

Anfeindungen gegen Demo in Moabit

Seit 1990 findet jedes Jahr zum Jahrestag der Pogromnacht eine antifaschistische Gedenkdemonstration vom ehemaligen Sammellager in der Levetzowstrasse zum Mahnmal an der Putlitzbrücke statt. Mehrmals wurde vom Rand der Demo „Freiheit für Palästina“ oder „Free, Free Palestine“ gerufen. Eine Teilnehmende berichtete uns, dass auch „Scheiß Juden“ gerufen wurden. Zum Ende der Demonstration wurde aus einem

dunklem Fenster heraus ein volles zwei Liter Tetra Pak auf die Demonstration geworfen, welches nur durch Zufall keine Teilnehmenden traf.

Antisemitische Kommentare in der S-Bahn

Uns wurde gemeldet, dass gegen 16:45 Uhr in einer voll besetzten S-Bahn zwischen den Bahnhöfen Gesundbrunnen und Pankow eine ältere Frau antisemitische, revisionistische Aussagen tätigte. Den "Lügen" über das was "unsere Väter und Großväter angeblich gemacht haben sollen", dürfte nicht geglaubt werden. Die Person die uns den Vorfall meldete wurde von der Frau im Laufe der Auseinandersetzung als Jude bezeichnet.

Appendix VII: Auswertung antisemitischer Vorfälle im Zusammenhang mit den European Maccabi Games 2015 in Berlin (Veröffentlicht am 12.08.2015)

Vor und während der European Maccabi Games 2015 (EMG) wurde viel über die Sicherheit der Sportler_innen und die Warnung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gesprochen, in der Umgebung der Unterbringung der Sportler_innen, dem Neuköllner Hotel Estrel, keine Kippa zu tragen.

Wir ziehen mit dieser Auswertung eine vorläufige Bilanz und veröffentlichen die uns bekannt gewordenen Vorfälle bzw. Reaktionen aus der Bevölkerung. Datengrundlage sind Gespräche mit Volontär_innen der EMG und dem Berliner LKA, ein Bericht des Online Portals „{berlin:street}“, sowie uns über das Meldeformular report-antisemitism.de gemeldete Vorfälle. Ergänzend dazu haben wir die sozialen Netzwerke hinsichtlich der Thematisierung der EMG beobachtet und den Wissenschaftler Matthias Jacob Becker gebeten, eine Einschätzung bezüglich der Kommentare unter Online-Artikeln vorzunehmen.

Vorfälle vor allem im Umfeld der Unterbringung der Sportler_innen

Insgesamt haben wir Kenntnis von neun Vorfällen bzw. negativen Reaktionen aus der Bevölkerung mit einem unmittelbaren Bezug zu den EMG, welche vom 27. Juli bis 04. August in Berlin stattfanden. Darüber hinaus kam es am 2. August zu einem antisemitischen Angriff in Charlottenburg, und am 29. Juli zu einer Sachbeschädigung in Friedrichshain, bei denen kein unmittelbarer Zusammenhang zu den Spielen festgestellt werden konnte.

- Die Berliner Polizei hat vier antisemitische Vorfälle in Neukölln rund um das Hotel Estrel registriert, welche von Beschimpfungen des Sicherheitspersonals, bis hin zu einem öffentlich gewordenen Angriff auf sechs Mitglieder der Chabad Lubawitsch Strömung reichten. Die Betroffenen des Angriffs wurden am Abend des 30. Juli am S-Bahnhof Sonnenallee mit Schottersteinen beworfen und verbal angepöbelt. Neben Beleidigungen die sich gegen die Betroffenen als gläubige Juden richteten, wurde auch „Kill Israel“ gerufen.
- Ein Sportler äußerte bei der „Closing Ceremony“ gegenüber dem Deutschlandfunk, dass er beobachtet hätte, wie aus zwei am Hotel vorbeifahrenden Autos der Hitler-Gruß in Richtung Hotel gezeigt wurde.
- Eine Volontärin der EMG berichtete uns persönlich, dass eine Gruppe von Sportler_innen am 3. August in der Innenstadt verbal angefeindet worden sei.

Sie seien durch ihre Kleidung und ihren Akkreditierungs-Pass als Sportler_innen der EMG erkennbar gewesen.

- Ein Taxifahrer schilderte am 3. August auf dem Online-Portal „berlin:street“, dass seine Schweizer Fahrgäste von einem anderen Taxifahrer gefragt worden seien, ob sie auch „Judensportler“ seien. Als sie das bejahten wurde er extrem unfreundlich und aggressiv. Während der Fahrt telefonierte er auf Arabisch und schaute dabei immer wieder zu den beiden. Das Ehepaar fühlte sich von dem Mann bedroht. Noch am selben Tag sprach der Taxifahrer mit seinen Kollegen am Ostbahnhof über die Schilderungen seiner Fahrgäste. Mehrere seiner Kolleg_innen begannen daraufhin, über die „Judenspiele“ zu lästern und meinten, sie würden garantiert niemanden „von denen“ mitnehmen.
- Über unser Meldeformular erreichte uns am Vormittag des 2. August die Beobachtung, dass kurz zuvor ein älteres Ehepaar im Bus M41 beim Passieren des Estrel Hotels sich darüber beschwerte, dass die „Juden schon wieder so viel Geld kosten, weil sie so viel Sicherheit brauchen“ würden.

Die Anzahl von neun uns bekannt gewordenen Vorfällen bzw. negativen Reaktionen aus der Bevölkerung bleibt erfreulicherweise deutlich hinter den Befürchtungen kritischer Beobachter_innen im Vorfeld der Spiele zurück. Dazu hat sicherlich das umfangreiche Sicherheitskonzept der Berliner Polizei ganz wesentlich beigetragen. Allerdings lassen die Beschreibungen des Taxifahrers und die eher zufällige Wahrnehmung aus dem Bus in Neukölln den Rückschluss zu, dass die Dunkelziffer nicht gemeldeter, vor allem strafrechtlich nicht-relevanter Vorfälle und antisemitischer Äußerungen deutlich höher liegt.

Im Netz wird aus jeder Perspektive gewettert

Im Internet nahmen wir eine rege Beschäftigung aus den unterschiedlichsten politischen Spektren mit der Austragung der EMG in Berlin wahr.

Zwei offen antisemitischen Thematisierungen durch das rechtsextreme Internet-Portal „Altermedia“ am 25. und 29. Juli beinhalteten Verherrlichung und Relativierung der Schoa, sowie Aspekte der Täter-Opfer-Umkehr, welche Juden und Jüdinnen für die Schoa mitverantwortlich machten.

Neben diesen gezielten antisemitischen Provokationen aus der rechtsextremen Szene, beschäftigte die Webgemeinschaft auch ein Tweet der Taz-Journalistin Silke Burmester, die fragte, was „jüdischer Sport“ denn sei und sich selbst antwortete: „Hakenkreuzweitwurf?“. Ähnlich zu bewerten sind die Beiträge von Edmund Piper, einem Berliner Künstler, der 2013 für den Bundesvorstand der Piraten-Partei kandidierte. Aus seiner Sicht hätte der jüdische Charakter der EMG etwas „rassistisches“, ja sogar „rechtsradikales“. Am 29. Juli twitterte er: „Makkabi = GroßjüdischeFestspiele, Nicht-Juden bitte draußen bleiben? Was soll das? Hört sich irgendwie rechtsradikal an.“ Das Abstreiten des Rechts auf Selbstorganisation und Selbstbezeichnung gesellschaftlicher Minderheiten mit der Begründung, sie würden dadurch selber ausgrenzen, ist ein gängiger Ausdruck des Versuchs, die jeweilige Minderheiten-Gruppe und den gesamtgesellschaftlichen Antisemitismus unsichtbar zu machen.

Auch aus anti-zionistischen Kreisen wurden die EMG immer wieder aufgegriffen, wobei hier die Israel-Feindschaft, wie schon im vergangenen Sommer 2014 unmittelbar auf die jüdischen Sportler_innen aus aller Welt übertragen wurde. Exemplarisch für dieses Spektrum sei hier Evelyn Hecht-Galinski erwähnt, die regelmäßig Artikel der Jüdischen Allgemeinen Zeitung über die EMG auf ihrer Facebook-Seite kommentierte. Am 4.

August schrieb sie: „Jüdischer Stolz worauf? Auf jüdischen Terror und Besatzung? Jüdische Scham wäre eher angebracht! Anstatt Partys zu feiern, sollten sie einen Trauermarsch für die palästinensischen Opfer veranstalten!“.

Antisemitismus im Querschnitt – Online-Kommentare der Qualitätsmedien

Matthias Jacob Becker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sprache und Kommunikation der TU Berlin und arbeitet in einem Forschungsprojekt, das sich mit „Antisemitismus im Internet“ befasst. Wir baten ihn, um eine Einschätzung bezüglich der Thematisierung der EMG in den Online-Kommentaren der Qualitätsmedien.

Seine Beobachtungen zeigten „(...)dass Web-User bei der Thematisierung der Maccabi Games immer wieder einen Bezug zum Nahostkonflikt herstellen. Indem dieser mit Worten wie >Völkermord an Muslimen< perspektiviert wird, sprechen die User den Veranstaltern das Recht ab, Spiele in Deutschland abzuhalten. Desweiteren reagiert die Web Community immer wieder mit Unverständnis auf die Tatsache, dass eine jüdische Sportveranstaltung stattfindet. Man argumentiert, dass es bei derlei Veranstaltungen doch um ein Engagement gegen Ausgrenzung gehe, wobei eine Trennung nach Religion kontraproduktiv sei und eher einen jüdischen Sonderstatus bestärke.“

Für beide von Becker angesprochenen Aspekte finden sich unzählige Belege. Unsere eigenen Beobachtungen haben gezeigt, dass erfreulicher Weise andere Web-User meistens derlei Kommentare hinterfragen oder dagegen argumentieren.

Fazit

Die überwiegend positiven Reaktionen von Politik und Medien auf die Austragung der European Maccabi Games 2015 in Berlin haben gezeigt, dass jüdisches Leben ein gewünschter und fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft ist. Ungeachtet dieser begrüßenswerten Erkenntnis sind der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) neun Vorfälle bzw. negative Reaktionen aus der Bevölkerung bekannt geworden, bei denen von einem antisemitischen Motiv auszugehen ist. Die kontroversen Reaktionen im Internet, vor allem die Online-Kommentare bei den Qualitätsmedien deuten darauf hin, dass die Haltung der offiziellen Politik gegenüber den EMG, nur von einem Teil der Web-User geteilt wird.